

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der [Hinweise des Tages](#) anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Der Zwischenerfolg darf uns nicht leichtsinnig machen](#)
2. [Krieg und Klima](#)
3. [Vom progressiven Neoliberalismus zu Trump](#)
4. [Liebling „Covidiot“](#)
5. [Am Rande des Kollaps: Wie hart Corona den Globalen Süden trifft](#)
6. [Eine Anti-Corona-Demo, die sich auf eine Loveparade verirrt hat - Demonstrationsbericht aus Berlin](#)
7. [Studie: Mehr als die Hälfte der Slumbewohner in Mumbai hatte Corona](#)
8. [Oberster Datenschützer und 73 Mio. Bürger ausgetrickt](#)
9. [Nahost-Experte Lüders zum Libanon: „Mischung aus Feudalstaatlichkeit und mafiösen Strukturen“](#)
10. [Hört zu, statt zu verbieten!](#)

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Der Zwischenerfolg darf uns nicht leichtsinnig machen**

Die Verantwortungslosigkeit einiger weniger ist ein Risiko für uns alle! Wenn wir jetzt nicht besonders vorsichtig sind, dann gefährden wir die Gesundheit vieler. Und wir gefährden darüber hinaus die Erholung unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft, unseres Kulturlebens. Jede und jeder von uns steht jetzt in der Verantwortung, einen zweiten Lockdown zu verhindern. Denn es ist doch ganz klar: Eine weitere Phase des Stillstands würde uns alle noch viel härter treffen.

Quelle: [Bundespräsident](#)

Anmerkung André Tautenhahn: Kulturschaffende sollten genau lesen, was der Bundespräsident da sagt. Erstens habe es bereits eine Erholung des Kulturlebens gegeben. Da dürften sich viele verwundert die Augen reiben und fragen, ob sie [die Meldung des statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt](#) kürzlich falsch verstanden oder grundsätzlich etwas verpasst haben und wieder deutlich mehr Zuschauer als bisher zugelassen sind, die mit ihren Eintrittsgeldern für Umsätze sorgen. Zweitens ist die Regierung, die die Regeln erlässt, zwar für positive wirtschaftliche Folgen verantwortlich, nicht aber für die negativen. Die haben ab sofort „einige wenige“ zu verantworten, die sich leichtsinnig verhalten und damit an der Gesundheit vieler versündigen. Drittens ist sich der Bundespräsident natürlich über die noch härteren Folgen eines weiteren Lockdowns bewusst. Die Betroffenen können daher auf jeden Fall mit seiner Betroffenheit rechnen, sollen sich aber bloß nicht bei ihm oder der Regierung beschweren.

dazu: Der Spin des Bundespräsidenten

Das Narrativ der kommenden Tage steht fest. Wenn es zu weiteren Einschränkungen des öffentlichen Lebens kommen sollte, liegt das an der Verantwortungslosigkeit „einiger weniger“ und nicht an Bundes- oder Landesregierungen, die zunehmend Schwierigkeiten damit haben, eine sinnvolle Ausstiegsstrategie zu formulieren und daher lieber an Maßnahmen festhalten, die sie für erfolgversprechend halten. Vor kurzem wies ich auf Überlegungen der Landesregierung Niedersachsen hin, einen Zehnstufenplan zu verfolgen, der bis ins nächste Jahr hinein reicht, wobei ein konkreter Termin für die Beendigung aller Vorordnungen nach Infektionsschutzgesetz auch dann noch offen bleibt. Aus dem Versprechen, Normalität wiederherzustellen, wird also vorerst nichts. Dafür braucht es gute Gründe.

Quelle: [taublog](#)

2. Krieg und Klima

Auch wenn es keine öffentlichen, allumfassenden Messwerte zu den Emissionen der Bundeswehr und anderer Militärapparate gibt, so ist eines klar: Die Emissionen sind enorm. Die Abschaffung der Bundeswehr und aller Militärapparate wäre damit nicht nur ein bedeutsamer Schritt für den Aufbau eines solidarischen Zusammenlebens, das sich nach den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt richtet, sondern auch ein logischer und erforderlicher Schritt für den Klimaschutz.

(...) Militär abschaffen – das ist Klimaschutz!

Klima und Krieg sind eng miteinander verwoben: Der Zugang zu fossilen Brennstoffen stellt oftmals ein wichtiges wirtschaftliches Ziel bei Kriegen dar – folgend erfordern die Transportwege eine militärische Absicherung. Das klimaschädliche Militär wird

unter anderem dafür eingesetzt, um mehr fossile Brennstoffe verbrennen zu können. Durch den menschengemachten Klimawandel und unsere umweltschädliche wachstumsorientierte, neoliberale Wirtschaftsweise werden die beschränkten Ressourcen knapper: mineralische Rohstoffe, Öl, Erdgas und andere. Die Bundeswehr und weitere Militärapparate sprechen von Klimakriegen, Kriegen um Wasser und fruchtbare Böden. Für „unsere“ Sicherheit hier in Deutschland soll die Bundesregierung mehr Steuergelder in den Ausbau der Bundeswehr stecken, um „unseren“ Wohlstand zu garantieren. Doch der Irrsinn hinter dieser Argumentation tritt immer deutlicher zum Vorschein. Wir brauchen keinen militärisch gesicherten „Wohlstand“, der diesen Planeten in den Ruin treibt. Dieser Planet und seine menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebewesen sind „unser“ Wohlstand – und den gilt es zu schützen. Die Ressourcen, die wir haben, sind endlich und wir sollten nicht eine weitere Tonne Stahl für die Herstellung von Zerstörungsgeräten verschwenden und nicht einen Liter Kerosin, um Kampffjets in den Himmel zu schicken. Die Abschaffung der Bundeswehr und aller Militärapparate wäre nicht nur ein bedeutsamer Schritt für den Aufbau eines solidarischen Zusammenlebens, das sich nach den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt richtet, sondern auch ein logischer und erforderlicher Schritt für den Klimaschutz.

Quelle: [justice now](#)

3. **Vom progressiven Neoliberalismus zu Trump**

Trump ist das Poster Child einer globalen Krise. Lösen kann sie nur die Linke. [...] Auch wenn das bereits groß anmutet, ist es erst ein Teil der Geschichte. Denn die zitierten Geschehnisse stellen nur einen, den politischen Strang der Krise dar, der, verwoben mit anderen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Strängen, erst das Geflecht einer allgemeinen Krise bildet. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die politische Krise die Grenzen des politischen Systems übersteigt; dass sie eine Reaktion auf Blockaden in anderen, scheinbar unpolitischen Institutionen ist. In den USA bestehen diese im Metastasieren des Finanzsektors; der Verbreitung prekärer »McJobs« in der Dienstleistungsbranche; in der aufgeblähten Privatverschuldung, die den Konsum anderswo produzierter Billig-Güter am Laufen hält; im gleichzeitigen Anstieg des CO²-Ausstoßes, extremen Wetterverhältnissen und öffentlichem ‚Klimaskeptizismus‘; rassistisch strukturierter Masseninhaftierung und systematischer Polizeigewalt; den wachsenden Zumutungen, die Familien und lokalen Gemeinschaften durch steigende Arbeitsstunden und den Abbau sozialer Unterstützung aufgebürdet werden. All diese Kräfte unterhöheln die Ordnung der Gesellschaft seit geraumer Zeit, bislang ohne zum politischen Bruch zu führen. Doch jetzt ist mit allem zu rechnen. In der gegenwärtigen Ablehnung von »politics as usual« hat eine objektive Systemkrise ihre subjektive Stimme gefunden. Der politische Strang der allgemeinen Krise gründet

auf einer Krise der Hegemonie.

Quelle: [Jacobin.de](https://jacobin.de)

4. **Liebling „Covidiot“**

Das Etikett „Covidiot“ wird in diesen Tagen gern verteilt, an Menschen, die die Pandemie bagatellisieren, aber auch an diejenigen, die eine kritische Haltung einnehmen und beispielsweise Maßnahmen der Regierung hinterfragen oder diese ablehnen. Als „Covidioten“ müsste man dann aber auch Bundes- und Landesregierungen bezeichnen, die das Virus lange Zeit verharmlost haben, folglich viel zu spät auf die Pandemie reagierten und dann einen Lockdown verhängen mussten, der nun eine schwere Wirtschaftskrise ausgelöst hat. Die Verharmloser von einst tun jetzt aber so, als hätten sie immer richtig gelegen und diffamieren Protestierende auf den Straßen, die die Regierungshaltung nicht teilen, um so energischer. Diese Menschen werden im nächsten Schritt dann auch für eine zweite Welle verantwortlich gemacht, vor der bereits seit Tagen eindringlich gewarnt wird. Das nutzt offenkundig einer Regierung, die ursprünglich komplett daneben lag und weiterhin von Versäumnissen ablenken will, die unter dem neoliberalen Dogma einfach fortbestehen...

(...) Aufgabe der Medien wäre es nun, diesen Hintergründen etwas differenzierter nachzugehen, statt den Menschen einfach nur das Etikett „Covidiot“ mit Hang zur Verschwörungstheorie und Rechenschwäche umzuhängen... Falsch gerechnet hat ja vor allem die Regierung. Sie gibt vor, im Februar und März noch nicht gewusst zu haben, wie gefährlich das Virus sei. Dass die Medien damals auch an der Verbreitung von Botschaften mitwirkten, die vor allem die Gefahr des Virus herunterspielten, lässt sich leicht nachweisen. Die Berichte sind alle noch zu finden und stehen im Grunde exemplarisch für eine regierungsnahen Haltung der Medien, die auch heute noch erklärungsbedürftig ist. Dass beispielsweise Schutzausrüstung in Krankenhäusern und Arztpraxen fehlte, bleibt unabhängig von Corona ein himmelschreiender Skandal, da es Pandemiepläne schon immer gegeben hat. Sie wurden aber nicht sonderlich ernstgenommen. Und weil das so ist, riet das RKI auch erst von Alltagsmasken ab, um diese jetzt, nachdem sich jeder selbst irgendeinen Lappen zusammengenäht hat, für unabdingbar und wirksam zu erklären.

Quelle: [Taublog](#)

5. **Am Rande des Kollaps: Wie hart Corona den Globalen Süden trifft**

(...) Den Zahlen der Infizierten nach zu urteilen waren Europa und Nordamerika noch bis vor kurzem die Zentren der Corona-Pandemie. Mittlerweile steigen die Fallzahlen auch in anderen Teilen der Welt. Seit mehreren Wochen schon sind viele Menschen in Regionen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens nicht nur mit einer rasant steigenden Infektionsgefahr konfrontiert. Sie spüren auch die verheerenden sozialen und

ökonomischen Auswirkungen der politischen Antworten auf die Krise...

Abhängigkeitsstrukturen in der neoliberalen Gesundheitskrise

Die gegenwärtige Situation offenbart dabei gravierende Unterschiede in sozialer Sicherung und gemeinschaftlichen Versorgungssystemen. Überall auf der Welt tun sich gerade diejenigen Staaten schwer, ihren Bürger*innen ein Abfederungssystem zu bieten, die in den vergangenen Jahren die Privatisierung der Gesundheitsversorgung vorangetrieben und die Ausgaben für ihre Sozialsysteme gekürzt haben. Dort sind Menschen besonders mit sozialer Unsicherheit konfrontiert und im Krankheitsfall Glück und Willkür ausgeliefert. Laut Lebohang Liepollo Pheko, Wissenschaftlerin des südafrikanischen Think Tanks Trade Collective, ist das vor allem in vielen Ländern der Fall, die seit den 1980er Jahren in neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu Deregulierung des Marktes, Steuersenkungen sowie Privatisierung und Kürzung öffentlicher Ausgaben gedrängt wurden.

Davon betroffen sind insbesondere Regionen Lateinamerikas, Afrikas und Südasiens. Die Schulden erschweren heute vielen Regierungen eine effektive Reaktion auf die Pandemie. Insbesondere Schulden, die in Fremdwährung beglichen werden müssen, werden bei den aktuell fallenden Wechselkursen zum Verhängnis. Angesichts des Einbruchs globaler Finanzströme befürchtet die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) in einer Analyse deshalb sogar, dass viele verschuldete Staaten im Globalen Süden kurz vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen. Während Regierungen nun für die Missstände zu Recht in Verantwortung gezogen werden, so die Wissenschaftlerin Pheko, bleiben der Internationale Währungsfonds und die Weltbank unangetastet...

Quelle: [Mosaik](#)

6. **Eine Anti-Corona-Demo, die sich auf eine Loveparade verirrt hat - Demonstrationsbericht aus Berlin**

In Berlin gab es Demonstrationen, Kundgebungen und Gegenveranstaltungen, die Protest gegen Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern äußerten, eine Einschränkung von Grundrechten und eine Impfpflicht befürchten bzw. diesen Menschen Verschwörungstheorie und politische Rechtslastigkeit vorwarfen. Den undankbarsten Job hatte mal wieder die Polizei. [...]

Die von der Polizei an diesem 1. August genannten bis zu 15.000 Teilnehmer, die später sogar auf bis zu 20.000 Teilnehmer korrigiert wurden, dürften nach Beobachtungen des Autors dieses Artikels erkennbar zu niedrig angesetzt worden zu sein. Sie waren aber auch jenseits der absurden Zahlenangaben von bis zu 1,3 Millionen, die ein Sprecher der Anmeldenden mehrfach von der Bühne zum Besten gab. Verständlicherweise sehr zur Freude der davor stehenden Menschenmenge, die

auf Luftbildern nun wirklich nach mehr als nach nur 15.000, aber eben auch wirklich deutlich weniger aussah als der nun schon mehrfach bemühte Vergleich mit der Loveparade. [...]

Dieses Gefühl sollten an diesem Tag viele Gegendemonstranten in Berlin haben, denn ihre Proteste fielen deutlich kleiner aus, als im Internet angekündigt und beschworen, auch wenn die Sputnik-Reporter vor Ort immer wieder vereinzelt Versuche von Gegendemonstranten beobachteten und verfolgten, mit den Demonstranten in Diskussionen die gegenseitigen Standpunkte und Sichtweisen auszutauschen, was nach unserem Eindruck daran scheiterte, dass keiner der Diskutierenden - auf BEIDEN Seiten! - wirklich bereit war, zumindest in Erwägung zu ziehen, dass der gegenüberstehende Mensch eben nicht per se doof und verwirrt ist und umerzogen werden muss. Es erscheint dem Berichtersteller ohnehin schleierhaft, wie es bei den häufig geradezu feindseligen Haltungen auf allen Seiten zu einem ernsthaften Meinungs austausch kommen soll, von Streit noch gar nicht zu reden.

Das könnte vielleicht auch daran liegen, dass auf beiden Seiten auch Fanatiker unterwegs sind, die meinen, die absolute Wahrheit für sich gepachtet zu haben, entsprechend besonders laut agieren und deshalb von Medien und Politikern gerne als angebliche Wortführer in beiden Lagern identifiziert werden. Zur erheblichen Verstörung beim Autoren dieses Textes trug maßgeblich bei, dass es ihm komplett unverständlich ist, wie Menschen Verständnis erwarten können, obwohl ich ihnen gerne zubilligen will, dass sie tatsächlich ganz simpel als normale Staatsbürger auf der Straße sind, wenn sie nicht bemerken oder nicht bemerken wollen oder es ihnen sogar egal zu sein scheint, dass sie stundenlang neben einem Menschen einhergehen, der eine Reichskriegsflagge trägt. [...]

Umgekehrt erlebte der Autor dieses Artikels absurde Albernheit in Potenz, als er auf dem Pariser Platz ein Transparent des „Berliner Bündnis Gegen Rechts“ fotografieren wollte, auf dem in Frakturschrift, einer Schrifttype, die mit Vorliebe im Dritten Reich benutzt wurde, zu lesen stand „Solidarität statt rechter Hetze“. Zwei Teilnehmer dieses kleinen Aufzuges versuchten, mit schwarzen Schirmen zu verhindern, dass ich das Transparent fotografiere. [...]

Die Demonstration an diesem 1. August in Berlin hinterlässt zwiespältige Gefühle. Zum einen wegen der Vielzahl von Gruppierungen, deren politische Ausrichtungen teilweise mehr als fragwürdig sind und nicht selten nur wenig mit dem Themenfeld Corona zu haben, was eigentlich scharfe Abgrenzungen für jene Menschen nach sich ziehen müsste, die sich ausdrücklich gegen Denunzierungen als rechtsradikal oder verschwörungstheoretisch wehren. Zum anderen aber wegen der überaus deutlich spürbaren Wut und Verbitterung gerade jener Menschen, die der Autor dieses Berichtes eben nicht in politische Lager stecken will, weil sie aus seiner Sicht und

seiner Beobachtung während der Demonstration nicht zu erkennen gaben, dass sie verfassungsfeindliche Motive hatten oder sichtbar mit sich führten, wie einige andere. Diese sehr präzise Wut gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sollten Politiker und Medien nicht leichtfertig ignorieren oder gar lächerlich machen.

Quelle: [Sputniknews](#)

Anmerkung Jens Berger: *Differenziert und ohne Schaum vorm Mund. Sputnik erteilt den deutschen Medien hier eine Lektion, wie es gehen könnte, wenn man denn nur will.*

7. Studie: Mehr als die Hälfte der Slumbewohner in Mumbai hatte Corona

57 % der Bewohner von 3 Slums in der indischen Millionenmetropole Mumbai haben laut einer neuen Studie Antikörper gegen die Lungenerkrankung COVID-19 im Blut. In Gebieten außerhalb der dicht besiedelten Slums hatten demnach lediglich 16 % entsprechende Antikörper.

Bei dem Corona-Antikörpertest im Juli seien knapp 7.000 Proben ausgewertet worden, teilten die Behörden in Mumbai mit, die am Test beteiligt worden waren. Die Werte sind entsprechend hochgerechnet worden.

Quelle: [Ärzteblatt](#)

Anmerkung Jens Berger: *57% entspricht einer Herdenimmunität. In den Slums Indiens gibt es die viel zitierte und von vielen Stimmen für unmöglich gehaltene Herdenimmunität also bereits heute. Die indische Studie ist übrigens zuverlässig, wie u.a. Alexander Kekulé in seinem jüngsten Podcast (Folge 91) bestätigt. Ein weiterer sehr interessanter und hoffnungsvoller Punkt aus diesen Zahlen: Wenn die Todesopferzahl aus Mumbai halbwegs korrekt ist, bedeutet dies, dass weniger als ein halbes Promille der Infizierten mit Symptomen verstorben sind. Das ist ein extrem niedriger Wert, der sich wohl am ehesten aus der demographischen Struktur erklären lässt – jeder zweite Slumbewohner ist unter 20, Hochbetagte gibt es nur wenige. Das lässt sich daher nicht auf Deutschland übertragen, wohl aber auf z.B. Afrika. Hier könnten die Zahlen ähnlich positiv sein.*

8. Oberster Datenschützer und 73 Mio. Bürger ausgetrickst

Es ist schlimmer, als bisher angenommen. Und es zeigt, welche Manöver die Bundesregierung unternommen hat, um Datenschutzrechte von 73 Millionen gesetzlich Versicherter auszuhebeln, ohne dass die betroffenen Bürger selbst davon erfahren. Aber das ist, wie sich jetzt herausstellt, noch nicht alles.

Am Montag hatte Telepolis aufgedeckt, dass CDU/CSU und SPD mit Hilfe eines von

der Öffentlichkeit unbemerkten Änderungsantrags zum EPA-Gesetz (Elektronische Patientenakte) das erst im November im Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) (Wie man Datenschutz als Versorgungsinnovation framet) festgeschriebene Einwilligungserfordernis zur individualisierten Datenauswertung durch die Krankenkassen still und leise wieder beseitigt haben (zur genauen Einordnung des aktuellen Vorgangs: EPA-Datengesetz Sie haben den Affen übersehen). Hintergrund ist die von Gesundheitsminister Spahn aus wirtschaftlichen Gründen vorangetriebene neue Rolle der Krankenkassen in der medizinischen Versorgung, die es ihnen erlaubt, durch Kooperation mit Unternehmen und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds sog. digitale Versorgungsinnovationen zu fördern. Dazu erhielten die Kassen im DVG u.a. die Befugnis, die bei ihnen gespeicherten personenbezog
Quelle: [Telepolis](#)

9. **Nahost-Experte Lüders zum Libanon: „Mischung aus Feudalstaatlichkeit und mafiösen Strukturen“**

Durch das betrügerische Bankensystem habe die politische Elite die Menschen im Libanon in die Armut getrieben, sagte Nahost-Experte Michael Lüders im Dlf. Jahrelang habe die Jugend versucht, das politische System zu verändern. Die Explosion in Beirut könnte den Machthabern jetzt aber das Genick gebrochen haben. [...] „Nach allem was wir bislang wissen, ist es in der Tat so gewesen, dass es sich hier nicht um einen Anschlag handelt, sondern um die Entzündung einer gewaltigen Menge von Ammoniumnitrat“, sagte der Nahost-Experte Michael Lüders im Dlf. Der Skandal bestehe darin, dass diese gewaltige Menge nicht sachgemäß gelagert wurde - und das schon seit 2013. „Das war den Behörden auch bekannt“, so Lüders, aber sie hätten nicht reagiert. Man habe offenbar die Kosten für die Entsorgung nicht tragen wollen. „Viele Libanesen werfen der Regierung vor, dass diese Gleichgültigkeit gegenüber einem gegebenen Problem, charakteristisch sei für ihre gesamte Regierungsführung, die vor allem darauf konzentriert war, das eigene Vermögen zu mehren und sich nicht um die Interessen der Libanesen zu kümmern“, so Lüders weiter. Nicht ohne Grund sei die Wirtschaft des Libanon in einer dramatischen Lage. „Das ist das Ergebnis einer unglücklichen Verquickung aus Politik, Wirtschaft und mafiösen Strukturen, die hier zusammenwirken.“

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

10. **Hört zu, statt zu verbieten!**

Zehntausende demonstrieren ohne Mundschutz in Berlin - aber niemanden interessiert, warum eigentlich. Das muss sich ändern. Große Teile von Politik und Medien machen es sich gerade mal wieder leicht. gegen die Corona-Beschränkungen in der Hauptstadt. Die Reaktionen, ablesbar in einem

nicht enden wollenden eintönigen Strom von Nachrichten in den sozialen Medien: „Nazis!“, „Pegida“, „Corona-Leugner“, „Covidioten“. Und: „Warum wurde das überhaupt erlaubt?“ Das ist unterkomplex in der Analyse, ideologisch getrieben, fatal für die Zukunft.

Hätte man weniger Etiketten verteilt und zugehört, hätte man vielleicht verstanden, dass viele dieser Menschen - unklar bleibt, wie viele - gar keine „Corona-Leugner“ sind. Ich habe mit rund 15 Demonstranten intensiver gesprochen. Keiner von ihnen leugnete das Virus. Ihre Kritik zielte im Kern oft auf die Maßnahmen der Politik und die Arbeit der Medien. Unverhältnismäßig, panikmachend, bei Warnungen vor der „zweiten Welle“ auf vager Grundlage agierend, einseitig berichtend, unfair, die staatlichen Maßnahmen kaum hinterfragend.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)